

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltenen Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Neklame und Eingefandt die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 105

Bad Schandau, Freitag, den 20. Juni 1919

63. Jahrgang

Fleischversorgung.

1. Infolge ungenügender Ablieferung von Schlachtvieh kann in der laufenden Woche Frischfleisch wiederum nur in einem Teile des Bezirks ausgegeben werden. Es erhalten in den Schlachtbezirken Pirna, Copitz, Mügeln und Bergglesschubel auf die Marken 1 bis mit 8 der Reihe R der Reichsfleischkarte Personen über 6 Jahre 125 Gr. Frischfleisch oder Büchsenleberwurst.

In den Schlachtbezirken Sebnitz, Neustadt, Königstein, Schandau, Stolpen und Wehlen werden auf die Marken 1 bis mit 8 50 Gr. Büchsenleberwurst und 100 Gr. Graupen ausgegeben.

Personen unter 6 Jahren erhalten je die Hälfte dieser Mengen.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Die Ware wird zugewogen; Gefäße zur Abholung sind mitzubringen.

Der Kleinverkaufspreis beträgt für Büchsenleberwurst 4 Mk., für Graupen 44 Pf. für das Pfund.

2. Ausserdem werden in sämtlichen Schlachtbezirken auf Abschnitt 2 der Einfuhrzusatzkarten I an die in den Kundenlisten der Fleischer eingetragenen Personen über 6 Jahre 100 Gr., an Personen unter 6 Jahre 50 Gr. ausländisches Hammelfleisch verteilt. Der Kleinverkaufspreis beträgt für die Bezugberechtigten der Klasse A/B 1,40 Mk., der Klasse C 1,60 Mk. und der Klasse D 1,92 Mk. für 100 Gr.

Pirna, am 19. Juni 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Pflichtfeuerwehr.

Nächsten Sonntag, den 22. Juni 1919, vormittags punkt 10 Uhr Antreten sämtlicher Abteilungen auf ihren Stellungsplätzen — Hydranten-Abteilung, Zubringer I und Wach-Abteilung in Mertigs Grundstück und Zubringer II und Arbeiter-Abteilung im Neupark hinterm Bade — zur Inspektion.

Binden sind anzulegen.

Schandau, am 19. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Sonnabend, den 21. Juni:

Auslands-Speisefett bei den Fleischern nach Kundenliste — 50 Gramm auf Einfuhrzusatzkarte I Abschnitt 1. Preis das Pfund 6,20 Mk.

Graupen an Stelle der fehlenden Kartoffeln — 700 Gramm auf Kartoffelmarke Abschnitt J bei Haaso.

Inlandsmehl. Die Inhaber von Bezugskarten I für inländisches Weizenmehl können bei allen Kaufleuten ein Pfund davon auf Abschnitt 1 bis spätestens Sonnabend abend entnehmen.

Schandau, den 20. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die unklare Fassung der neuen Note der Entente macht noch eine Rückfrage in Versailles nötig.

* Ein Gesetzentwurf über Bildung von Landkantonten ist der Nationalversammlung zugegangen.

* Der Abbau der Zwangswirtschaft wird weiter fortgesetzt.

* Infolge der Ausschreitungen in Erfurt ist über die Stadt der Belagerungszustand verhängt.

* Die Franzosen begünstigen im besetzten Gebiet die Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland.

* Die deutschen Zeitungsverleger haben einen Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungs- und Verlagswesen gegründet, dem 1352 Zeitungen beitreten.

* Der französische Senat hat den Entwurf für Einführung des Achtstundentages im Bergbau mit einzelnen Abänderungen angenommen.

* Die Entente hat ein neues Ultimatum an die ungarische Räterepublik gerichtet.

Wolfs Telegraphenbüro meldet am 20. Juni 1919:

Aus Weimar, den 20. G., 1 Uhr 10 Min. morgens. Das Kabinett ist soeben zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Und dennoch?

Nun kein Mundspitzen mehr hilft und gerügt, nun gewiffen werden muß, läßt die Neigung zu großen Worten, soweit die Berichte aus Weimar darüber ein Urteil zulassen, in den Kreisen der zur letzten Entscheidung berufenen Parteien mehr und mehr nach. Man wird still und immer stiller, schließt sich in den vier Wänden der Fraktionszimmer vor der Öffentlichkeit ab und prüft und überlegt. Kein wildes Aufschäumen mehr gegen die Schmach der Demütigung, gegen den nackten Gewaltfrieden, der uns auch jetzt noch, trotz des deutschen Entgegenkommens bis an die äußerste Grenze des Möglichen, des Tragbaren, des Erfüllbaren zugemutet wird, gegen das ungeheuerlichste Schuldbekenntnis, das im Widerspruch mit der nachweisbaren, ja bereits hundertmal nachgewiesenen Wahrheit dem deutschen Volk abverlangt wird, gegen die Forderung der Auslieferung von Deutschen an ausländische Gerichte zur Aburteilung und Bestrafung. Die Parteien verhandeln mit sich selbst, untereinander, mit der Regierung, und bis zum Wochenschluß wird es sich endlich entschieden haben, wie die Würfel in Weimar fallen sollen. Einige Anzeichen scheinen dafür zu sprechen, daß sich in der Nationalversammlung eine kleine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedens von Versailles finden könnte.

Es fällt gewiß unendlich vielen Volksgenossen schwer, bei dieser Vorstellung innerlich und äußerlich die Ruhe zu bewahren; doch wird auch das deutsche Volk in allen seinen Teilen gut daran tun, mit möglichster Leidenschaftslosigkeit den Entscheidungen der nächsten Tage entgegenzugehen. Vor allen Dingen keinen Augenblick zu verzagen, daß die Männer, in deren Hand jetzt unser Schicksal liegt, sicherlich ihr Vaterland liebhaben und wie sie auch ihre Stimme abgeben werden, sich nur von heißer Sorge um die Zukunft unseres Volkes leiten lassen wollen. Dann aber müssen wir wohl auch zugeben, daß,

so sehr unser Herz auch in Wallung gerät, wenn wir nur an Ton und Inhalt des „letzten Wortes“ denken, das soeben aus Versailles zu uns herüberklang, doch nur der tühle Verstand den Ausschlag geben darf, nicht die Fülle unserer Empfindungen, wo schon der nächste Augenblick die entsetzlichsten Möglichkeiten für unsere Frauen und Kinder zur Wirklichkeit werden lassen kann. Und schließlich: daß wir uns nicht mit vagen Hoffnungen, mit mehr oder weniger luftigen Einbildungen über gähnende Abgründe hinweghelfen können, das sollte nach den tieferen Erfahrungen der letzten Jahre sich für jeden von uns nachgerade von selbst verstehen. Wir müssen den Dingen ins Gesicht sehen, so wie sie sind, und danach unsere Entscheidung treffen — oder doch wenigstens aus diesem Zwange heraus die Haltung derjenigen beurteilen, die vielleicht, am Ende aller Enden, mit einem schmerzvollen Ja den schwersten Seelenkampf zum Abschluß bringen, der jemals einem deutschen Patrioten auferlegt worden ist. Wer sich selbst frei fühlt von Schuld und Fehle, der hebe den ersten Stein gegen sie...

Noch allerdings ist nichts entschieden, noch weiß man nicht einmal, ob die Regierung mit einem klaren Entschluß vor die Nationalversammlung hinzutreten oder sich von ihr die Marschroute vorschreiben zu lassen gedenkt. Schon werden Namen genannt von Männern, die gehen, und solchen, die kommen sollen. Ob die Regierungsparteien geschlossen auftreten oder die Abstimmung in diesem Falle freigegeben werden, scheint auch noch nicht festzulegen; die allezeit geschäftigen Rechenkünstler wollen wissen, daß bereits eine geringe Mehrheit — etwa 200 gegen 180 Stimmen — für die Unterzeichnung gesichert sei. In Berlin sind die Sachverständigen aller Gebiete rasch noch einmal zusammengetrommelt worden, ihr Botum wird vor der endgültigen Beschlussfassung mit der Luftpost nach Weimar gebracht. Auf der anderen Seite raffelt Marschall Foch mit jedem Tage deutlicher mit dem Säbel, und Herr Clemenceau hat sich bereit, für die ungemein bezeichnenden Pöbeleien von Versailles ausreichende Gemütigung zu geben. Die Weltgeschichte hält den Atem an — diesmal darf man wohl mit Recht sagen, daß die Augen aller Erdbewohner voller Spannung nach Weimar gerichtet sind. Der Genius des deutschen Volkes, wie er in dem Doppelstandbild unserer größten Dichter vor dem Nationaltheater verkörpert ist, kann nur voll Trauer sein Haupt verhüllen, wie auch die Entscheidung da drinnen fallen möge. Als die Stadt Goethes und Schillers dazu bestimmt wurde, die deutsche Nationalversammlung in sich aufzunehmen, geschah es allerdings mit anderen Erwartungen, als sie jetzt grauhaft feste Gestalt angenommen haben. Aber der Wiederaufstieg unseres Volkes, wenn er überhaupt jemals wieder möglich sein wird, wird sich nur in dem Geiste von Weimar vollziehen können. Insofern wollen wir es immerhin als ein Zukunftssymbol hinnehmen, daß dort und nicht irgendwo anders jetzt die schicksalsschwere Entscheidung über Leben und Sterben des Deutschen Reiches gefällt werden soll.

Der Handel mit dem feindlichen Auslande. Der Oberste ökonomische Rat der Alliierten hat beschlossen, daß jede alliierte Macht für sich entscheiden soll, ob sie ihren Untertanen erlaubt, die privaten Handelsbeziehungen mit Deutschland innerhalb der bei der Blockade festgesetzten Einschränkungen wieder aufzunehmen.

Ja oder Nein?

Gegenfrage in Weimar.

Weimar, 19. Juni.

Die Sitzung des Kabinetts, die am Mittwoch früh 10 Uhr begonnen hatte und an der die Delegation vollständig teilnahm, erreichte erst in den ersten Morgenstunden des Donnerstag ihr Ende. Nachts 1/2 Uhr schloß die allgemeine Aussprache.

Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ergänzung der Mantelnote durch das inzwischen eingetroffene Memorandum nicht geändert. Die Reichsregierung steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkt: Unerfüllbar und unerträglich. Endgültige Stellungnahme wird heute nach Besprechung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und den einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

Rückfrage an die Alliierten.

Es wird von zuständiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die technischen Schwierigkeiten der Beratung besonders groß sind, weil die von der Entente überreichten Korrekturen des ursprünglichen Vertragsentwurfs nur in einem Exemplar vorhanden sind. Bemerkenswert ist, daß in diesem korrigierten Friedensvertrag eine Reihe von Bestimmungen fehlen, die in der begleitenden Denkschrift angekündigt oder angedeutet sind. Es wird aus diesem Grunde eine Rückfrage nötig sein, um festzustellen, ob die Denkschrift, da ihre Bestimmungen auch in dem korrigierten Friedensvertrag nicht sämtlich vorhanden sind, ein besonderer Teil des ganzen Vertragswerkes werden soll.

Für und wider die Unterzeichnung.

Vor einem Regierungswechsel?

Die Entscheidung, ob der Vertragsentwurf in seiner neuen Fassung abgelehnt oder unterzeichnet werden soll, liegt bei den Mehrheitsparteien. Kommt die Regierung zu einem Entschluß, für den sie sich nicht auf eine namhafte Mehrheit stützen kann, so ist ihr Rücktritt unvermeidlich. In den Reihen der Mehrheitsparteien tritt, wie verlaute, jetzt eine starke Gruppe für die Unterzeichnung ein, und auch beim Zentrum sollen einige Abgeordnete — besonders aus dem von der Besetzung bedrohten Gebiet — sich für die Unterzeichnung entschieden haben. Es ist indessen immerhin möglich, daß sich auch innerhalb der jetzigen Mehrheitsparteien die Geister scheiden; daß also vielleicht die Sozialdemokraten für, die bürgerlichen Parteien gegen Unterzeichnung sind. Damit würde die heutige Regierungsmehrheit zerfallen. Auch dann dürfte eine Regierungskrise unvermeidlich sein. Sicher erscheint zur Stunde: fällt die Entscheidung für die Unterzeichnung ab, so werden außer Scheidemann und Brockdorff auch Landsberg, David, Giesberts, Dernburg und Gothein aus dem Kabinett scheiden müssen. Für Brockdorffs Nachfolge soll sich Erzberger bereit halten, aber man nennt auch Bernstorff, Noske und Hermann Müller, den Führer der Mehrheitsparteien. Eine solche Kabinetskrisis würde natürlich auch den Rücktritt der Friedensdelegation nach sich ziehen.

Ein Ausweg?

In politischen Kreisen Weimars verlaute, daß der Vorschlag gemacht werden würde, die deutsche Antwort auf dem Unterschied im Friedensvertrage aufzubauen

zwischen denjenigen Bestimmungen, die bereits eine endgültige Fassung bekommen haben, und denjenigen, welche erst durch die Kommissionsberatungen der nächsten Monate entschieden werden sollen, dazu gehört bekanntlich die Frage der Kriegsentfesselung und die Auslieferung deutscher Staatsbürger. Die deutsche Antwort würde nun der Bereitwilligkeit Ausdruck zu geben haben, die endgültig abgefassten Teile des Friedensvertrages zu unterzeichnen unter der Voraussetzung, daß Deutschland zu den Kommissionsberatungen über die noch unentschiedenen Punkte hinzugezogen wird.

Englische Drohungen.

Wie die Londoner Blätter berichten, hat England alle Maßnahmen getroffen, um sofort nach Verweigerung der Unterschrift die deutschen Ostküsten zu blockieren. — Reuter erfährt, daß das Minenluftschiff „E. F. 34“, voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren, den Fjord von Narvik verlassen hat, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte hat für den Fall, daß Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Sämtlicher Umlauf wird aufgehoben.

Der Erfurter Putsch.

Verhängung des Belagerungszustandes.
Erfurt, 19. Juni.

Nach der Warnung der Reichsregierung an die Arbeiter, sich nicht aufheben zu lassen, wurde jetzt das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt durch Truppen des Landjägerkorps unter General Märker auf Befehl der Reichsregierung besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt ihre „willkürliche Demokratisierung“ durchführten sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Dezerenten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die alten Beamten wieder einzusetzen. Es fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt. Man beschloß, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. General Märker will ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden und forderte die Versammlung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Im Laufe des Tages nahm die Menge eine feindselige Haltung gegen die Truppen der Regierungstruppen ein, die Schreckschüsse abgaben. Infolgedessen wurde der Belagerungszustand verhängt.

Das Gold der Entente in Oberschlesien.

Insaenzierung der Streiks.

Breslau, 19. Juni.

Allmählich ist man den Urhebern der Treiberien in Oberschlesien auf die Spur gekommen, die dort dauernd Unruhen und Streiks stiften und die Loslösung von Deutschland propagieren. Es sind Engländer und Franzosen. So fand man einen Brief des Franzosen Barrés, in dem es heißt:

„Das Geld ging Ihnen zu. Für 1500 weitere Personen in Oppeln, Beuthen und Ratibor schicken wir es durch Ch., und man sagt uns, daß es seine Wirkung tut. Je weniger wir mit einer etwaigen Volksabstimmung warten, um so sicherer sind wir, daß die Deutschen unter unserer Aufsicht weniger Stimmen erhalten. Machen Sie den Deutschen klar, daß wir den Oberschlesier ihre Habe konfiszieren werden und die jungen Leute zu arbeiten zwingen, indem wir sie nach Frankreich schaffen. Wir können nicht dulden, daß ein so großes Land wie Deutschland uns Widerstand leistet. Schreiben Sie S., der Justizrat Czajla schreiben wird. Ich schicke ihm die nötigen Fonds.“

Dann heißt es weiter an anderer Stelle: Außerdem wird Charley, der mitkommt, das Nötige für die Streiks inszenieren. Unser Kollege Williams ist der Überzeugung, daß die Schleier sich an den Polen rächen wollen, aber sie werden es nicht können, weil wir die Unzufriedenen deportieren, ebenso wie wir es am Rhein machen, und jede Zeitung, die heute noch für Deutschland eintritt, wird von uns ausgeschlossen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➤ **Angedachte Bildung von Ostrepubliken.** Amtlich wird mitgeteilt: „Angedacht hat Geheimrat Kleinow in Bromberg in der Sitzung des dortigen Volkstages angekündigt, daß zwei selbständige Ostrepubliken in Bildung begriffen wären. Er soll sich dabei als Beauftragter des Fünfzehnerausschusses der Abgeordneten des Ostens ausgegeben und behauptet haben, daß er nebst drei Beamten das Direktorium bei einer dieser Republiken bilden werde. Wenn diese Nachricht zutrifft, so liegt darin eine in keiner Weise zu entschuldigende Anmaßung des Herrn Kleinow vor. Die Volkstäte sind rein private Organisationen. Weder sie, noch Herr Kleinow, der weder dem Fünfzehnerausschuss noch überhaupt einer der Volksvertretungen angehört, haben die geringste Legitimation, namens des Fünfzehnerausschusses oder der von ihnen benannten Beamten zu sprechen. Über die im Osten zu ergreifenden Maßnahmen werden die Reichsregierung und die preussische Regierung im Einvernehmen mit den Abgeordneten des Ostens gemäß dem wiederholt bekanntgegebenen Grundgedanken entscheiden.“

➤ **Englische Anmaßung im Baltikum.** Der Kommandeur der deutschen Truppen im Baltikum General v. d. Goltz erhielt anläßlich eines Zusammenstoßes zwischen lettischen Truppen und baltischer Landeswehr ein Telegramm des englischen Generals Gagh, das in Form eines Befehls die sofortige Zurückziehung der baltischen Landeswehr fordert. General von der Goltz hat hierauf geantwortet, er habe von dem englischen General keine Befehle entgegenzunehmen, die zuständige deutsche Stelle werde auf diplomatischem Weg eine Antwort erteilen. Die Waffenstillstandskommission und das Auswärtige Amt haben daraufhin in Absprache eine Antwort ausgearbeitet.

➤ **Bildung von Landkrankenkassen.** Der Gesekentwurf über Landkrankenkassen, Kassenangestellte und Erbschaften ist der Nationalversammlung zugegangen. Den Mitgliedern der Landkrankenkassen soll, wie den Mitgliedern anderer Kassenarten, bei den Wahlen der Kassenorgane das gleiche Wahlrecht eingeräumt werden. Den Kassenangestellten, die vor Erlaß der angeführten Verordnung vom 5. Februar 1919 die Rechte der gemeindlichen Beamten besaßen, wird der Entwurf diese Rechte wahren. Er legt weiter den Arbeitgeber und Kassenmitgliedern die Verpflichtung auf, ihr Beitragsdrittel unmittelbar an die Erbschaften abzuführen.

➤ **Erleichterte Anstellung von Referendaren.** Bisher bestimmte die Prüfungsordnung, daß das Gesuch um Ernennung zu Referendaren abzulehnen sei, wenn der Kandidat nicht nachweise, daß ein standesgemäßer Unterhalt für fünf Jahre gesichert sei. Diese Vorschrift ist jetzt durch eine Verfügung des preussischen Justizministers aufgehoben worden.

➤ **Polnische Drohungen.** Der polnische Oberste Rat in Posen hat an die deutsche Regierung eine Note gesandt, in der es heißt, daß als Antwort auf die Einstellung von sechs polnischen Zeitungen in Oberschlesien und Westpreußen und die Verhaftung und Verfolgung polnischer Journalisten und Mitarbeiter dieser Blätter mit gleichen Schritten gegen deutsche Zeitungen und deutsche Journalisten in Posen vorgegangen werde, falls die deutsche Regierung ihren Standpunkt nicht in kürzester Zeit ändern sollte.

➤ **Kapitalabwanderung unter dem Schutz der Entente.** Aus dem linksrheinischen Gebiet und den anschließenden Gegenden rechts vom Rhein wird in der letzten Zeit eine sich immer verstärkende Kapitalabwanderung nach Frankreich gemeldet. Man zählt 230 bis 250 Mark für 100 Frank, um französisches Geld in die Hände zu bekommen. Die linksrheinischen Behörden sind bei dem Versuch, einzuschreiten, auf den Widerstand der Verfabungsbehörden gestoßen, die diese Vorgänge mit allen Mitteln unterstützen.

Ungarn.

➤ **Ein neues Ultimatum der Entente.** Wie bestimmt verlautet, hat der Rat der Vier in Paris am 14. Juni ein Ultimatum an Bela Kun gerichtet, das diesem am 15. Juni zugeht und ihm eine vierstägige Frist setzt, innerhalb welcher die Feindseligkeiten einzustellen und die besetzten Gebiete zu räumen sind. Falls Bela Kun das Ultimatum unbeantwortet läßt oder es ablehnt, wird eine große militärische Aktion gegen Ungarn unternommen werden, an der sämtliche Ententestaaten teilnehmen werden.

Großbritannien.

➤ **Bildung eines radikalen Ministertums?** Es verlautet, daß Lloyd George die Absicht habe, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedens die Regierung in England umzubilden und an die Spitze eines Kabinetts aus radikalen und sozialistischen Ministern zu treten. Weiter wird behauptet, daß sich auch in Italien die gleiche Entwicklung vollziehen werde.

Frankreich.

➤ **Sturmjahren in der Kammer.** Bei der Beratung in der Kammer über die Politik in Rußland kam es zu heftigen Szenen. Minister Bichon erklärte, der Friede sei noch nicht gezeichnet, und die Anwesenheit Deutscher an der Spitze der russischen roten Meere sei eine Verletzung des Waffenstillstandes; immer wieder mache man Deutschland diesbezüglich Vorhaltungen. Mehrere andere Redner griffen die Politik der französischen Regierung in Rußland an. Mäßig erhub der Royalist de la Hane die Anschuldigung gegen die sozialdemokratische Partei, sie habe von Deutschland 80 Millionen Frank erhalten, um die gegenwärtigen großen Streiks zu organisieren. Es sei unbegreiflich, daß die französische Regierung, welche Beweise für diese Geldlieferung Deutschlands habe, die Führer der sozialistischen Partei in Freiheit lasse. Schließlich erlangte die Regierung doch noch ein Vertrauensvotum.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In der preussischen Landesversammlung wurde ein Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier abgelehnt, ein Antrag auf staatliche Regelung der Bekleidungsfrage angenommen.

Weimar. Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung beendete die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs und schloß damit seine Arbeiten ab.

Erfurt. Infolge der Eisenbahnerbewegung im Direktionsbezirk Erfurt sind Landesjäger unter Führung des Generals Märker nach Erfurt entsandt worden.

Hannover. Die sämtlichen Senatoren der Stadt Hannover haben ihre Ämter niedergelegt. Sie haben sich erhoben, bis zur Wahl der neuen Senatoren in ihren Stellungen beim Magistrat zu bleiben.

Budapest. Das Ungarische Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Eperjes, daß dort die slowakische Räterepublik ausgerufen worden ist.

Safarek. Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter sind in den Ausstand getreten. Eine Ministerrie hat eingelebt.

Die Einwanderung in Amerika.

Fernhaltung unerwünschten Zugaus.

In Amerika beschäftigt man sich gegenwärtig mit einem großzügigen Plan für die Umgestaltung des gesamten Einwanderungswesens. Die Einwanderung von Arbeitern soll noch zwei Jahre verboten bleiben und hierauf, je nach dem Urteil einer zu schaffenden Einwanderungskommission, gegebenenfalls noch für ein oder zwei weitere Jahre. Damit will man einer Überschwemmung mit unerwünschten europäischen Elementen vorbeugen, die sonst mit Freiverkehr der Transportmöglichkeiten zu gewärtigen wäre, und die die Löhne drücken, die Arbeitslosigkeit vermehren und zu großen Unruhen und Umständen politischer und wirtschaftlicher Natur führen müßte. Nachher sollen folgende Grundfälle, die für alle Völker gelten würden, aufgestellt werden: Die Volkszählung von 1920 soll eine Grundzahl ergeben, die bestehen würde aus der Zahl der naturalisierten Einwanderer eines bestimmten Volkes und den in Amerika geborenen Kindern der Einwanderer dieses Volkes. Jedes Jahr soll nun die Erlaubnisgrenze für die Einwanderung einen Prozentsatz dieser Grundzahl darstellen (von 3 bis 10 oder von 5 bis 15 %). Die Einwanderungskommission soll das Recht haben, innerhalb dieser Grenzen den anwendbaren Prozentsatz von Fall zu Fall festzusetzen. Infolge dieser Lösung der Einwanderungsfrage würde, wie man glaubt, die nicht sehr erwünschte japanische Einwanderung sofort auf etwa die Hälfte der gegenwärtigen jährlichen Zahl herabgesetzt. Sie würde dann langsam wachsen, aber 1935 immer noch 40 % unter der Einwanderung von 1917 stehen. Die chinesische Einwanderung würde bleiben, wie sie jetzt ist (etwa 1900 Personen jährlich). Die italienische Einwanderung würde um etwa 65 % der Einwanderung vor dem Kriege herabgesetzt. Aus Osteuropa würde ein sogar noch geringerer Prozentsatz in Frage kommen. Dagegen würde aus Nordwesteuropa (Deutschland, Skandinavien usw.) ein weit größeres Kontingent zugelassen, als die Einwanderung vor dem Kriege betrug.

Das Werben um Auswanderer.

Argentinische Lockrufe.

In Amerika rechnet man allenthalben stark damit, daß bald nach dem Friedensschluß in Europa, und zwar nicht nur in den zu Boden gesunkenen mitteleuropäischen Ländern, sondern auch in den Ländern der Sieger eine starke Auswanderungsbewegung einsetzt und daß diese Bewegung sich vornehmlich nach jungfräulichen, der Kultur noch nicht erschlossenen Gebieten Südamerikas richten wird. Der Hauptstrom der Auswanderer soll in Brasilien und Argentinien münden, und es ist zwischen diesen beiden Staaten schon heute ein reger Wettbewerb, der die Anlockung und Gewinnung ungebrauchter europäischer Arbeitskraft zum Gegenstand hat, erbrannt. Besonders eifrig erweist sich dabei die Argentinische Republik, die reklamehaft aller Welt verkündet, was sie den Europäern zu bieten vermag und sich, zumal arbeitsfreudigen und unternehmungslustigen Deutschen, als ein modernes Land Kanaan, in dem Milch und Honig fließt, anpreist.

Europäische Kolonisten sind schon vor 400 Jahren nach Argentinien gekommen; trotzdem mußten die ungeheuren Hilfsquellen dieses Landes durch all die Jahrhunderte so gut wie brach liegen. Argentinien erzeugte nur, was es zur Selbstversorgung nötig hatte. Im übrigen wurde alles der gütigen Natur überlassen; Vieh und Pferde trieben sich herrenlos in ungeheuren Herden herum, die Getreidefelder wurden fast gar nicht bearbeitet. Brotfrucht wuchs als Geschenk eines verschwenderischen Himmels, und so blieb es im großen und ganzen bis zur Revolution im Jahre 1810, wo die jede Entwicklung hemmende spanische Verwaltung verjagt wurde und zielbewußt handelnde Männer die großen Möglichkeiten des Landes zu erschließen begannen.

Zunächst wurde die Einwanderung mit allen Kräften gefördert. Die Erfindung der künstlichen Eisenerzeugung und die Gefrierfleischindustrie wurden die Hauptfaktoren des Aufstiehs. Zuchttiere aus Europa wurden, da man die Qualität der heimischen Rassen verbessern wollte, zu fabelhaften Preisen eingeführt. Die Bahnen wurden von den Engländern erbaut. Das argentinische Bahnetz hatte 1911 bereits eine Gesamtlänge von 31000 Kilometer, während z. B. im ehemaligen Österreich das Bahnetz zu jener Zeit kaum 28000 Kilometer betrug. Während aber in den ehemals österreichischen Ländern auf den Kilometer Bahnstrecke 1256 Einwohner entfallen, ist dieser Bahnzilometer in Argentinien nur mit 226 Menschen besetzt.

Die Einwohnerschaft ist in nationaler Hinsicht denkbar gemischt, das italienische Element überwiegt aber bei weitem; doch verleiht die Nachkommen der ersten spanischen Einwanderer dem Lande den spanischen Charakter. Die Kinder fremder Einwanderer, die in Argentinien zur Welt kommen, gelten nach dem Gesetz als argentinische Staatsbürger. Die großen Unternehmungen und Kapitalanlagen sind fast ausschließlich von Fremden geschaffen. Mit Ausnahme einiger politischer Rechte sind dem Einwanderer dieselben Freiheiten, Zivilrechte und Zusicherungen wie dem Einheimischen gegeben. Eingewanderte und naturalisierte Fremde konnten mehr als einmal hohe Staatsämter übernehmen.

Die argentinische Pampa, die „fruchtbare Wüste“, gilt nicht mit Unrecht als die heute schon reichste, wenn auch nicht annähernd bis zur vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzte Korn- und Fleischammer der Welt. (Nimmer nach den argentinischen Angaben.) Schneefälle sind in dieser baum- und strauchlosen, eintönig gedehnten Ebene unbekannt, der Landmann hat fünf Monate Zeit zum Pflügen und Säen. Der einzige Feind der Landwirtschaft ist die verhältnismäßig nur kleine Strecken heimische Wanderheuschrecke. Da alles in den Wintermonaten grün bleibt, hält sich das Vieh auch während der Wintermonate ohne Stallung und Aufsicht im Freien auf. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen heiläufig 20 Rinder. Schafzucht wird von Neuseeländern rationell betrieben, großzügige Schweinezucht wartet noch auf Entwicklung und böte deutschen Einwanderern günstige Möglichkeiten.

Als Einwanderer gelten Tagelöhner, Gewerbetreibende, Industrielle, Landwirte, Lehrkräfte, Künstler usw. unter 60 Jahren. Sie haben das Recht auf Beschäftigung in dem selbstgewählten Arbeitsweig, werden mit ihrem Gepäck kostenlos an den selbstgewählten Aufenthaltsort befördert und haben dort während der ersten zehn Tage Anspruch auf unentgeltliche Verpflegung für sich und alle Familienangehörigen. Das staatliche Einwanderungsamt steht den Kolonisten in jeder Weise zur Verfügung, umständliche Gewerbebesuche gibt es in Argentinien nicht, die Beschäftigung in einem bestimmten Beruf ist keineswegs an einen behördlichen Befähigungsnachweis gebunden. Eingewanderte werden die europäischen Diplome von Ärzten, Anwälten, Architekten, Ingenieuren, Tierärzten usw. nicht anerkannt; die Betreffenden müssen vielmehr die an den drei argentinischen Universitäten vorgeschriebenen Prüfungen in spanischer Sprache ablegen. An Industriellen hätte die Lederindustrie eine große Zukunft; da die Güte bis jetzt zumeist in rohem Zustand ausgeführt wurden.

Was Argentinien den Einwanderern bietet, wäre ans dem hier Gesagten so ungefähr zu entnehmen. Was aber der Einwanderer und Kolonist bieten müßte, wäre unermüdlicher Fleiß, zähe Ausdauer und gehobener Menschenverstand. Sollte aber mit diesen Eigenschaften nicht auch in der Heimat noch etwas anzufangen sein? S.

Russisch-deutsche Beziehungen.

Der Wiederaufbau der beiderseitigen Wirtschaft.

So ungerne auch alle Verhältnisse in Rußland noch sind, so läßt sich doch erkennen, daß unsere Feinde, die Alliierten, weder bei den Volkswirten, noch bei dem übrigen Rußland durchaus keine Fortschritte gemacht haben. Sowohl die russische wie auch die englische Presse rechnet schon jetzt mit der Wahrscheinlichkeit, daß nach dem Friedensschluß wieder der Deutsche in Rußland zu maßgebendem Einfluß gelangen wird. Während des Krieges hat man natürlich den deutschen Kaufmann, den deutschen Unternehmer, den deutschen Ingenieur in Rußland verfolgt und gehaßt, man redete von deutscher „Bergewaltigung“ und bekämpfte das „deutsche Joch“. Besonders wurde den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihren Betrieben den eigentlichen Russen keinen Raum zur Betätigung ließen. Seitdem ist man aber gerechter geworden und erinnert sich der vielen Vorzüge, die den deutschen Kaufmann und Industriellen in Rußland vor Angehörigen anderer Nationen auszeichneten.

Die Stimmung ist bereits erheblich umgeschlagen, und der Erfolg zeigt sich schon praktisch. In Berlin ist z. B. ein deutsch-russisches Finanzsyndikat gegründet worden, das in den Räumen der ehemaligen Unionbank

Unter den Linden, seine Tätigkeit eröffnen soll. Direktoren sind Dr. Friedlieb aus Petersburg, Konstantin Bienenmann aus Moskau und R. Bayer aus Koflow. Wie der bekannte Russlandkenner Adolf v. Vogel, ein geborener Balle, mitteilt, werden noch weitere Unternehmungen ähnlicher Art geplant. Der deutsche Unternehmenseifer in Russland wird wieder lebendig, Russland ist Deutschlands natürliches Sinterland.

Die Russen selbst beginnen zu wünschen, daß der Deutsche seine Tätigkeit im Lande wieder aufnimmt. Selbst ein verarmtes Deutschland, schreibt die russische Zeitung „Nuznaja Schin“, wäre noch durchaus in der Lage, sich mit Erfolg in Russland zu betätigen. Der durch seine Arbeit, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit bekanntgewordene deutsche Industrielle wird stets den erforderlichen Kredit und die nötige Unterstützung in Russland finden. Außerdem ist zu bedenken, daß Deutsche, Engländer, Franzosen, Amerikaner und Belgier auf russischem Boden bisher ersprießlich nebeneinander gearbeitet haben, ohne daß größere Reibungen zu überwinden gewesen wären. So z. B. gehörte die bekannte Moskauer Metallfabrik dem Franzosen Gouion, wurde von dem deutschen Großkapitalisten Bogau finanziert, besaß eine gemischte Verwaltung von Deutschen und Franzosen und als technische und kaufmännische Betriebsleiter zumeist Deutsche oder Belgier. So könnten noch eine Menge anderer Unternehmungen aufgeführt werden, in denen Franzosen, Belgier, Amerikaner, Russen und Deutsche friedlich nebeneinander arbeiteten. Das Kapital ist international und gleicht die Gegensätze aus.

Die russische Zeitung „Nuznaja Schin“ führt dazu folgende beachtenswerte Erwägungen ins Feld: „Was hauptsächlich dafür spricht, daß Russland ohne deutsche Arbeit nicht seine natürliche wirtschaftliche Entwicklung vollenden kann, ist der Umstand, daß die russischen Bodenschätze, so unerlässlich sie auch sein mögen, durchweg nur mit Anwendung von großer Mühe und Arbeit gehoben werden können. Angefangen mit den goldquarzhaltigen Gesteinen im fernen Osten, dem Kupfer-, Blei-, Zink- und Nickelvorkommen in Westsibirien, bis zu den Bergwerken des Ural, den Kohlengebieten im Donezbecken usw. usw. sind alle Schätze Russlands, darunter auch seine reichen Waldbestände im Norden nur mit Anwendung von viel Kapital und noch viel schwererer Mühe und Arbeit nutzbar zu machen. In bezug auf die Naturreichtümer des großen russischen Reichs besteht noch mehr als sonst der alte griechische Spruch zu Recht: „Die Götter haben vor den Erfolgen der Schwelger gestellt.“ Und gerade aus diesem Grunde dürfen die Deutschen auf russischem Boden im Wettbewerb sowohl mit der romanischen, als auch mit der anglo-amerikanischen Rasse auf die Dauer den Vogel abschleichen.“

Sogar die Engländer gestehen bereits zu, daß sie die Deutschen von diesem ihrem natürlichen Betätigungsfeld nicht werden ausschließen können. So lasen wir im „Daily Telegraph“: „Vielmehr ist nicht daran zu zweifeln, daß Deutschland auch in Zukunft die Rolle des Steuerhelfers in Russland zufallen wird. Leider sind nun einmal beide Länder in wirtschaftlicher Beziehung aufeinander angewiesen. Die natürliche Fortentwicklung dieses gegenseitigkeitsverhältnisses kann auch nicht durch papierne Abmachungen wesentlich beeinträchtigt werden. Der große Vorsprung, den Deutschland in Russland besitzt, ist erst im Laufe von Jahrzehnten und sogar Jahrhunderten und nicht ohne Mühe erreicht worden, darum aber um so fester begründet.“ Diese teils willig, teils widerwillig abgegebenen Anerkennung deutscher Tüchtigkeit dürfen uns in der schweren Zeit, die wir jetzt durchmachen, wieder mit einiger Hoffnung auf die Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft erfüllen.

Nah und Fern.

○ Kapitänleutnant v. Müde von Kommunisten mißhandelt. Kapitänleutnant v. Müde sprach in Frankfurt a. M. über seine Erlebnisse auf der „Anecha“. Im Nebensaal tagte eine Kommunistenversammlung. Einige ihrer Teilnehmer verschafften sich Zutritt zur Bühne, von der herab v. Müde sprach; sie griffen den Redner tätlich an und mißhandelten ihn. Herr v. Müde wurde schließlich unter Beischimpfung zum Polizeipräsidenten gebracht, ohne daß die Polizeiorgane Hilfe leisten konnten. Spät abends wurde Kapitänleutnant v. Müde im Auto nach Friedberg gebracht.

○ Weimar wartet vor Zug. Der Gemeindevorstand in Weimar teilt mit: „Die Wohnungsverhältnisse in Weimar haben sich so verschlimmert, daß öffentlich vor einem Zug gewarnt wird. Laut einer gesetzlichen Verfügung wird die Zustimmung zu einem Mietvertrag mit einem nicht Wohnungsberechtigten grundsätzlich verweigert. Auch vor Anlauf von Grundstücken wird gewarnt, da Feindelei Klündigungen der Mietparteien zugelassen werden.“ Früher verschickte die Stadt Weimar Prospekte in alle Welt, um Zuzug zu erzielen.

○ Wertpapierperre für Hamburg. Zur Behebung der durch ungewöhnlich starke Verkehrszunahme eingetretenen Stöckung hat sich die Postverwaltung genötigt gesehen, die Annahme von Wertpapieren von Privatpersonen auch nach Hamburg und zwar bis einschließlich 25. Juni zu sperren. Ausgenommen von der Sperre sind Wertpapiere, die bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten.

○ Schwere Automobilunfall. Am Übergang von Benningen in der Pfalz stießen zwei französische Militärautos zusammen. Die Benzinhälter gerieten in Brand. Zwei Offiziere und zwei Soldaten kamen ums Leben, vier Soldaten wurden schwer verletzt.

○ Der Soldatenrat keine Behörde. In einem Strafprozess wegen Urkundenfälschung und Betrugs gegen einen militärischen Schreibgehilfen kam die Frage zur Beantwortung, ob ein Soldatenrat als eine Behörde im Sinn der Strafgesetze anzusehen sei und die von ihm ausgestellten Urkunden als öffentliche zu gelten haben. Das Reichsgericht hat jetzt diese Frage verneint.

○ Ein Höhenweltrekord. „Petit Journal“ meldet, daß der französische Fliegerleutnant Casale in Min le Moulins einen neuen Höhenweltrekord mit 10100 Metern aufstellte. Der Flug dauerte 1 Stunde 55 Minuten.

○ Das Ende der Grippe. Nach den übereinstimmenden Berichten der einzelnen Länder kann, wie die Wiener Medizinische Gesellschaft feststellt, das epidemische Auftreten von Grippe als erledigt betrachtet werden. Einzelne Erkrankungen an Influenza werden in den Berichten wohl noch ausgewiesen, doch ist von einem gehäuftem Auftreten nichts mehr zu bemerken. In der Schweiz hat der Bundesrat die zum Schutz gegen die Grippe verfügte Maßnahmen aufgehoben.

○ Regierungsmaßnahmen gegen das Hausieren. Die sächsische Regierung erließ eine scharfe Verordnung gegen das Hausieren der Sommerfischer und Kurgäste, die bei Übertretung ausgewiesen und mit Geldstrafe belegt werden sollen. Den Wirten kann das Recht, Fremde zu beherbergen, entzogen werden. Auch ist es künftig in Sachsen verboten, daß Wirte, Pensionen und Hotels auf die angeblich bei ihnen stattfindende gute Verpflegung in den Tageszeitungen hinweisen.

○ Schwere Ausschreitungen in Münster i. W. Zu schweren Ausschreitungen und Blinderungen kam es nach Beendigung einer unter Teilnahme von etwa 2000 Personen stattgehabten Protestkundgebung gegen die mangelhafte Lebensmittelverteilung und die unzureichenden Maßnahmen gegen den Schleichhandel. Die herbeigerufenen Regierungstruppen wurden verhöhnt, worauf diese von der Waffe Gebrauch machten. Es wurden ein Mann getötet und sechs Mann als verwundet gemeldet.

○ Schmuggler durch französische Posten erschossen. In der Nacht wurden zwei Einwohner des pfälzischen Ortes Rheingönheim, als sie mit einem Mägen Schmugglerware vom pfälzischen nach dem badischen Ufer schafften wollten, mitten im Strom von den Schüssen einer französischen Patrouille getötet. Es waren verheiratete Männer von 31 bis 38 Jahren, die beide den Krieg mitgemacht hatten. Der Vater, der an der Fahrt gleichfalls teilnahm, brachte seine Söhne nur als Leichen zurück.

○ Eine Million Kronen in Gold konfisziert. In Bukari wurden verschiedenen Kaufleuten und Händlern eine Million Kronen in Gold, die sie über Ruine nach Italien schmuggeln wollten, konfisziert. Die Schmuggler stammten zum Teil aus Kroatien, zum Teil aus Serbien.

○ Von Banditen ermordet. Banditen überfielen auf der Straße von Natibor nach Bawlau den Viehhändler Gamlink und seinen Sohn, die auf der Heimfahrt begriffen waren. Der Sohn wurde getötet, der Vater schwer verletzt. Es wurde ihnen eine Summe von 20 000 Mark abgenommen.

○ Rabindranath Tagore verzichtet auf den englischen Adel. Der bekannte indische Dichter-Philosoph hat dem Vikarönig von Indien als Protest gegen die Gewalttätigkeiten, die von englischer Seite gegen die Bevölkerung in Benghal begangen werden, um Zurücknahme seines britischen Adeltitels eruchet.

○ Ein weiblicher Atlantikflieger. In Neufundland weit gegenwärtig die kleine Schar der eifrigen Atlantikflieger, die um den großen Preis der „Daily Mail“ ihr Leben aufs Spiel setzen wollen. Eifrig bewacht jeder der Konkurrenten. Meist sind es Männer. Doch auch eine Frau ist darunter, die in Amerika bekannte Ruth Law, eine sehr energische Dame, die schon viele Erfolge errungen hat und den Flug über den Atlantischen Ozean in den nächsten Tagen mit einem Curtiss-Flugzeug unternimmt.

○ Bevorstehender Aufruf von 50-Markscheinen. Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die von der Reichsbank ausgegebene Note zu 50 Mark mit dem Datum des 20. 10. 1918 demnächst aus dem Verkehr gezogen werden soll und es deshalb vorteilhaft ist, sie möglichst bald bei einer Dienststelle der Reichsbank, bei einer öffentlichen Kasse oder bei einem Geldinstitut zum Umtausch vorzulegen. Wie von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, steht der amtliche Aufruf dieser Note, der eine Einlösungsfrist von nur wenigen Wochen vorsieht, unmittelbar bevor.

○ Raubmord an einem Soldaten. Der in Döberitz wohnende Soldat Johann Stolt wurde auf dem Truppenübungsplatz in einer Klaranlage ermordet und seiner Verabschiedung beraubt aufgefunden. Stolt hatte einen Soldaten kennen gelernt und mit diesem ein Lebensmittelgeschäft verabredet. Am Freitag sollte der Einkauf abgeschlossen werden und Stolt hatte zu diesem Zweck 500 Mark mitgenommen. Stolt hatte aus einer Armeepistole einen Schuß ins Genick erhalten. Der Täter hatte seinem Opfer eine trocknlederne Brieftasche mit 500 Mark und den Militärpapieren geraubt.

○ Fleckfieber und Pocken. In Deutschland wurden gemeldet vom 29. Mai bis 4. Juni 75 Erkrankungen und 6 Todesfälle an Fleckfieber, und 84 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Pocken, sowie vom 5. bis 11. Juni 61 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Fleckfieber, sowie 111 Erkrankungen und 12 Todesfälle an Pocken.

○ Wertpapierperre für Berlin. Um den in letzter Zeit, namentlich auch zu Pfingsten, eingetretenen gewaltigen Verkehr in Wertpapieren zu bewältigen und eine allgemeine Stöckung zu verhüten, hat sich die Postverwaltung genötigt gesehen, die Annahme von Wertpapieren von Privatpersonen nach Berlin bis einschließlich 21. Juni zu sperren. Ausgenommen von der Sperre sind Wertpapiere, die bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten.

○ Der fixierte Franzose. Montag kam es in Frankfurt a. M. auf dem Bahnhofspatz und in der Karlsruher zu größeren Menschenansammlungen. Ein französischer Offizier behauptete, in der Karlsruher von einem Zivilisten fixiert worden zu sein und veranlaßte dessen Festnahme durch Marineinfanterie. Deshalb sammelten sich Menschen an, die sich gegen die Marineinfanterie wandten. Diese gaben Schreie von sich, einige Dutzend Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Demonstranten zogen weiter und verlangten, die Polizei solle gegen die Marineinfanterie einschreiten, Marine und Hilfspolizei sperrten abends gegen 11 Uhr den Bahnhofspatz ab.

○ Französische Granaten auf Darmstadt. Die heftige Regierung richtete an General Mangin ein Telegramm, in dem mitgeteilt wird, daß am 13. Juni vormittags 7 Uhr bei dem auf dem Truppenübungsplatz bei Darmstadt stattgefundenen Übungsschießen ein Artilleriegeschütz in die Stadt gefallen sei und das Dachgeschloß eines Hauses beschädigt habe. Auch seien in unmittelbarer Nähe der Stadt Geschosse eingeschlagen beobachtet worden. Die heftige Regierung lege gegen die schwere Gefährdung der Stadt Darmstadt Verwahrung ein und ersuche, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, damit jede Gefahr für Darmstadt und seine Bewohner ausgeschlossen wird.

○ Dynamitanschlag. In Obersachsen wurde ein neues Dynamitattentat bei dem Oberamtmann Birke in Ober-Walkowitz verübt. Eine Sprengladung wurde in das Wohnhaus geworfen, die die inneren Räume zerstörte und sämtliche Wohnmüllentwürfe vernichtete. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

○ Tschechische Hochschulanfänger. Mit Beginn des Studienjahres 1919/20 werden in Prag und Olmütz Handelshochschulen errichtet. Ein Gesetzentwurf sieht die Errichtung einer tschecho-slowakischen Staatsuniversität in Bregburg mit vier weltlichen Fakultäten vor. Unterrichtet wird auf der Bregburger Universität tschechisch und

slowakisch. Denag wird nicht gelehrt, trotzdem Bregburg selbst nach Aussage des tschechischen Präsidenten Masarik eine deutsche Stadt ist.

○ Eine Verbrecherjagd. Dem Besitzer Gräbert in Werbig an der Ostbahn waren nachts 26 000 Mark gestohlen worden. Sofort nahm die Bürgerwehr von Sachsendorf die Verfolgung auf. Der vorausrabende Gendameriewachtmeister erhielt von flüchtenden Einbrechern mehrere tödliche Schüsse. Die Einbrecher versteckten sich dann in der Nähe des Bahndammes der Oderbruchbahn in dem manns hohen Roggen und feuerten von hier aus auf die Bürgerwehr. Zwischen war auch Militär mit einem Maschinengewehr und Gendamerie hinzugekommen und das große Roggenfeld wurde völlig eingekreist. Es kam nun zu einem Feuergefecht, bei dem drei Einbrecher erschossen wurden. Der jüngste, ein noch nicht 18jähriger Bursche, gab an, daß alle fünf aus einem Orte des Kreises Hindenburg stammen. Bei den erschossenen Verbrechern wurden 3000 Mark gefunden.

○ 50 000 Todesopfer eines Vulkanausbruchs. Über den kürzlich gemeldeten furchtbaren Ausbruch des Vulkans Klot auf der Insel Java liegen jetzt nähere Nachrichten vor. Der Ausbruch fing in der Nacht an, und am nächsten Tage war die ganze Umgebung des Vulkans in einem Umfange von 80 Kilometern von einem Schreien eingehüllt. — Der Vulkan warf auch ungeheure Mengen dicker Lava aus, die ein großes Gebiet überflutete. Die Stadt Mltar, sowie zahlreiche von Eingeborenen bewohnte Dörfer wurden von der Lava vollständig überschüttet. Der Lavastrom war 15 Kilometer breit. Viele Einwohner der Insel wurden von dem Strom überrascht und fanden den Tod, indem sie teils verbrannten, teils ertranken. 50 Kilometer einer Eisenbahnlinie wurden zerstört. Die Gesamtzahl der zerstörten Ortschaften beträgt 13. Die Zahl der Opfer wird auf 50 000 geschätzt. Es dürfte aber noch einige Zeit dauern, bis die Zahl genau festgestellt ist. Man hofft, die Leichen aus der jetzt feinhart gewordenen Lava herauszuschneiden zu können.

Leben und Wissen.

— Ein 3000 Jahre altes Skelett. Bei Ausgrabungen in Dänemark ist dieser Tage ein Skelett eines Elchs der Vorzeit gefunden worden, das sicherlich über 3000 Jahre in der Erde gelegen hat. Es war noch wohl erhalten. Besonders merkwürdig war, daß noch eine etwa 10 Zentimeter lange Speer Spitze aus Bein im rechten Vorderextremität des Tieres lag.

— Ein Silberfund von hohem kulturgeschichtlichen Interesse wurde vor wenigen Wochen auf einer schottischen Besitzung des bekannten englischen Staatsmannes Balfour gemacht. Alte Erdwerke auf einem 36 Kilometer östlich von Edinburgh bei East Binton gelegenen Hügel, einem nördlichen Ausläufer der Bannermuir-Berge, hatten schon vor dem Kriege die Aufmerksamkeit der Archäologen auf sich gelenkt, die dort allerdings Kulturüberreste aus der römischen Zeit Schottlandsutage förderten. Aber erst die neuerdings wieder aufgenommenen Ausgrabungen brachten den Hauptschatz ans Licht: eine große Menge alter Silbergeräte, vielfach zerhackt und zerbrochen, aber bedeckt mit Verzierungsarbeiten in klassischem Stil und vorzüglichster Technik. Die Bruchstücke zeigen die Geburt der Venus, Pan, Adam und Eva, die Anbetung der Magier und andere christliche und heidnische Darstellungen. Eine Inschrift besteht aus einem Kreuz, flankiert vom Alpha und Omega. Einige Münzen stammen aus dem Ende des 4. Jahrhunderts, und einige Schmuckstücke deutscher Arbeit geben Anlaß zu der Annahme, daß das Silber irgendwo auf dem Festlande — wahrscheinlich aus einem Kloster — geraubt und dann auf einem Wanderzuge in Schottland auf der jetzigen Fundstätte vorläufig geborgen wurde. Eine der Inschriften, PRVMACOEISIAPL, scheint auf die uralte Venediktinerabtei Brüm (Brumla) im Rheinland hinzuweisen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Im Prozeß Ledebour halten gegenwärtig Staatsanwaltschaft und Verteidigung ihre Plädoyers ab. Einen bestimmten Strafantrag haben die Staatsanwälte noch nicht gestellt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hergetel kam zu dem Schluß, daß von einer Teilnahme des Angeklagten an Handlungen des Aufruhrs und Landfriedensbruchs weder etwas ausgehen noch bemessen sei. Von allem, was die Beweisnahme ergeben habe, bleibe nichts übrig, was den Angeklagten im juristischen Sinne für die Januarvorgänge verantwortlich machen könne.

Aus Stadt und Land.

Wertblatt für den 21. Juni.
Sonnenaufgang 3²⁴ | Mondaufgang 11⁵³
Sonnenuntergang 8²⁴ | Monduntergang 12²¹
1862 Dichter und Erzähler Johannes Schlaf geb. — 1916 Die Verbandsmächte fordern durch Ultimatum die Abrüstung Griechenlands.

Wettervorhersage.

Wind schwach, wechselnd, bewölkt, warm, Gewitter.

Rosenzeit. Nun ist die blühende, goldene Zeit, nun sind die Tage der Rosen, kann man jetzt mit einer kleinen Veränderung der ersten Reihe eines berühmten Liedes von Otto Raquette sagen. Unbekümmert um allen Haß und Haber innerhalb der außer Rand und Band geratenen Menschheit wirkt die schöpferische Natur weiter in unendlicher Fruchtbarkeit ihre Wunder. In schier unabsehbarer Mannigfaltigkeit blühen in allen Farben die holden Frühsummerkinder, die Rosen, und spenden die feinsten und zartesten Düfte, die keine Kunst und keine Wissenschaft nachschaffen kann. Für den Rosenfreund, sei er Züchter oder nur Liebhaber, erschließt sich mit der Entfaltung der Rosenknospen eine Fülle edelster Freuden. Will man einem Lieben einen Beweis seiner Zuneigung, seiner Verehrung, seiner Anteilnahme geben, so schenkt man ihm Rosen, und kann sicher sein, daß man damit Freude hervorruft. Und gerade reine, ungetriebene Freude ist heute zu einer so seltenen Erscheinung geworden, daß sie wie ein erfrischender Quell erquickt, wenn man ihrer teilhaftig wird. In uralten Zeiten schon stand die Rose unter den Kranzblumen als Blumenkönigin voran, und für die Bezeichnung der Schönheit war rosig das allgemeinste Wort. Gleichzeitig erscheint die Rose aber auch als Sinnbild der Vergänglichkeit des Menschen und ist daher auch Symbol des Todes; nach alter Sitte wurden die Gräber mit Rosen besetzt. Die alten Germanen hielten zur Zeit der Frühjahrsfeier große Versammlungen ab auf Plätzen, die von Rosenheiden umgeben waren. Sehr früh findet sich bei ihnen auch eine Verknüpfung der Rose mit der Liebe, und selbst über den Tod hinaus vereint die Rose die Liebenden. Man pflanzte sie auf Gräbern von Jungfrauen und Jünglingen, und besonders die rankende Rose war hier beliebt. Ganz allgemein diente die Rose als sinniger Schmuck bei ersten und heiteren Gelegenheiten, und man weiß, daß sie sich schon im deutschen Mittelalter als Bierpflanze auch in den kleinsten Gärten fand.

* Kriegsbeschädigte erhalten gegen Vorzeigung ihres Militärpasses, des Rentenbuches und letzten Steuerzettels, die einmalige Steuerzulage von 50 Mark und ihren Entlassungsantrag bez. Geldentschädigung für diesen beim Bezirkskommando Pirna während der Raststunden 8—12 Uhr vormittags täglich mit Ausnahme an Sonn- und Festtagen.

* Der ersten Kirschen werden seit einigen Tagen feilgeboten, ihr Preis ist allerdings ein sehr hoher; denn es kostet das Viertelpfund 95 Pfg. Aus dem benachbarten Böhmen verlautet, daß der Schutzverband der tschechisch-slowakischen Obsthändler einstimmig beschlossen habe, den Preis für Kirschen und Weichseln auf den Friedensstand (1,20 Kronen für das Kilogramm) festzusetzen. — So etwas ist bei den tollen Preisüberbietungen der Kirschenpachtungen in Deutschland leider nicht möglich.

* Geh.-Rat Dr. Johannes Müller, der im Kultusministerium als Vortragender Rat die sächsischen Seminare leitete, tritt am 1. Oktober d. J. von seinem Amte zurück. Er wird dann über 73 Jahre alt sein.

* „Die Kellame arbeitet, auch wenn Du schläfst“, sagte einstens der Amerikaner Barnum, welcher am eigenen Leibe und Geldbeutel den Wert der Kellame und der Anzeige hat kennen lernen. Sein Weltunternehmen wäre niemals zu einer solch ungeahnten und kaum wieder erreichten Höhe gekommen und Weichseln auf den Zeitungsinserten solch intensiven Gebrauch gemacht hätte. Viele Geschäftsleute denken, wenn sie dann und wann in großen Zwischengelenken den Anzeigenteil einer Zeitung in Anspruch nehmen, genügend zur Hebung des Geschäfts getan zu haben und wundern sich dann, wenn nicht sofort ein Erfolg zu verzeichnen ist. Dieser Weg ist aber falsch. Die Anzeigen müssen in kurzer Zeitfolge immer und immer wieder erscheinen. Die Augen des Publikums müssen fortlaufend den Namen der Firma sehen, dann erst wird der Leser auf das betreffende Geschäft aufmerksam, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Der Weg ins Geschäft führt allein durch Anzeigen. Deshalb empfehlen wir allen Geschäftsleuten zur Bekanntmachung ihrer Waren den Anzeigenteil der „Sächs. Elbzeitung“, welche in allen Schichten der Bevölkerung gelesen wird und ein kaufkräftiges Publikum zu seinen Lesern zählt. Wir sind stets bereit, mit Kostenvorschlägen zur Seite zu stehen und für eine geschmackvolle Ausstattung der Anzeigen Sorge zu tragen, denn auch auf die Aufmachung der Anzeige kommt es an, wenn ein guter Erfolg gezeitigt werden soll.

* Die Handelskammer Bittau veranschlagt den Verlust der Buntweberei des Handelskammerbezirks, der über

20 000 Webstühle mit vielen Tausenden von Arbeitern umfaßt, auf 10 Millionen Mark, der allein während der Uebergangswirtschaft bis jetzt entstanden ist.

* Drohender Streik der Gasthausangestellten in Dresden. Ein Streik der Gasthausangestellten (Kellner, Portiers, Küchen- und Hauspersonal) steht in Dresden und Umgebung für Sonnabend in Aussicht. Die Dresdener Kellnervereinigung hat einen Loktarif ausgearbeitet, der alle bisherigen Forderungen dieser Angestelltenkategorie weit hinter sich läßt. Wenn er durchgeführt werden sollte, würden viele Dresdener Gaststätten gezwungen sein, ihre Betriebe zu schließen. Z. B. wird für ein 14-jähriges Hausmädchen ein Wochenlohn von 60 M. gefordert. Ein Hotelbdiener unter 17 Jahren verlangt 130 M., ein über 17 Jahre alter 160 M. Wochenlohn, eine Aufwäscherin 80 M., ein Kaffeekoch 125 M., alles mit freier Wohnung und Beköstigung. Jede Sonntagsarbeit ist besonders zu bezahlen. Ueberstunden sind wöchentlich nur vier zulässig und mit erhöhten Sätzen zu bezahlen. Ein Oberkellner verlangt wöchentlich 250 M., ein Kellner über 18 Jahre 175 M., ein Kellner unter 18 Jahre 115 M. Ein Tagportier fordert wöchentlich 150 bis 200 M. Ist er sprachkundig, so ist für jede Sprache, die er spricht, ein Zuschlag von 5 Prozent zu entrichten. Außerdem fordern die Portiers für sich 2 Prozent des Gesamtumsatzes. Weitere 2 Prozent des Gesamtumsatzes sollen unter das übrige Gaststättenpersonal verteilt werden. Wird eine besonders geartete Kleidung erfordert, so ist ein Zuschlag von 25 Prozent zu gewähren. (L. N. N.)

Dresden. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde gegen den Arbeiter Pöppel aus Ramenz und den Dienstknecht Poppe aus Siedersdorf (England) wegen Raubmordes verhandelt. Die Angeklagten sind beschuldigt, am 14. Jan. d. J. auf Bötzschener Flur den 27 Jahre alten Landwirt Schob aus Pfistewitz beraubt und getötet zu haben. Die Mörder teilten die Beute und begaben sich nach Dresden. Am nächsten Tage gingen beide mit dem erlangten Gelde zum Tanzvergnügen nach Gorbitz und verpraßten einen erheblichen Teil bei Weingelagen. Am Tage nach der Tat gingen Poppe und Pöppel in die Wohnung des Ermordeten und teilten dessen Witwin mit, er sei nach Leipzig gefahren. Nach vierstündiger Verhandlung wurde das Urteil verkündet, das sie ohne Zeichen der Reue oder besonderer Erregung entgegennahmen. Die Angeklagten wurden wegen Raubmordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Leipzig. Die Arbeitsgemeinschaft der Leipziger Gastwirte hat sich für die Weishaltung der Trinkgelder an die Gasthausangestellten ausgesprochen, da die Gastwirte nicht

in der Lage seien, die neuen Tarifforderungen der Gehilfen zu bewilligen.

Sächsische Volkskammer.

Dresden, 19. Juni. Auf der Tagesordnung steht zunächst die allgemeine Vorberatung über die Denkschrift betr. den Wegfall des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden. Abg. Günther (Demokr.) ist nicht damit einverstanden, daß die Volksvertretung auf ein so wichtiges Recht verzichten soll usw. Abg. Dr. Wagner (Deutschn.) bedauert gleichfalls die vorgelegene Neuordnung und wünscht, daß wenigstens der Präsident der Oberrechnungskammer an die Spitze der Verwaltung der Staatsschulden gestellt und ihm einige Abgeordnete zur Seite gegeben würden. Die Denkschrift wird hierauf an den Finanzausschuß A zur Weiterbehandlung überwiesen. Es folgt die Beratung über die Interpellation Hartmann und Gen. (Demokr.) betr. das Verbot von Lebensmittelauflagen. Abg. Hartmann (Demokr.) begründet die Interpellation. Gerade in dieser schweren Zeit müsse alles vermieden werden, was einen Neunmisch für die Wiedergeburt unseres Wirtschaftslebens bilden kann. Das Verbot der Lebensmittelauflagen sei geeignet, die davon betroffenen Erwerbsstände aufs schwerste zu benachteiligen. Er bittet die Regierung, Maßnahmen zu treffen, um Schädigungen zu begegnen. Die ganze Tendenz der Verordnung sei mittelstandsfeindlich. Wirtschaftsminister Schwarz meint, Redner habe maßlos übertrieben, wenn er von einer Benachteiligung von Tausenden von Existenzen spreche. Die Konsumvereine würden in der Zukunft die gegebenen Vertreter der Warenverteilung sein. Was nicht lebensfähig sei unter den Erwerbsständen, werde verschwinden müssen. Er habe keine Zustimmung zu der Verordnung des Landeslebensmittelamtes gegeben. Vorsitzender des Landeslebensmittelamtes Dr. v. Hübel: Das Verbot der Lebensmittelauflagen sei erst nach vorheriger Gehör der Kommunalbehörden, Gewerbe- und Handelskammern erlassen worden. Abg. Dr. Engelmann (Deutschn.) beschwert sich darüber, daß die Vorschriften der Verordnung von den Polizeibehörden scharfer gehandhabt würden, als beabsichtigt sei. Redner wünscht eine Streichung von Wild, Geflügel und Mollereierzeugnissen aus der Liste der für die Auslagen verbotenen Lebensmittel. Wirtschaftsminister Schwarz: Zu dem Verbot sei man nicht ganz freiwillig gekommen. In der letzten Zeit seien in Deutschland eine Unmasse ausländischer Kommissionen gewesen, um festzustellen, inwieweit Lebensmittel in Deutschland vorrätig seien. Die Einbrüche dieser Kommissionen würden beeinflusst von den Gängen durch die Straßen, und man habe in der ausländischen Presse lesen können, daß es mit der Lebensmittelnot in Deutschland nach gar nicht so schlimm aussehe. Wäre das Verbot nicht gekommen, so hätten wir wahrscheinlich auch die ausländischen Lebensmittel nicht erhalten, die jetzt hereingelassen sind. Denn das Ausland, das uns Lebensmittel auf Kredit liefere, müsse erst die Ueberzeugung haben, daß die Ernährung Deutschlands so schwer gefährdet sei, daß unbedingt eingeschritten werden müsse. Abg. Graube (Soz.) tritt für das Verbot ein. Denn durch die Auslage von teureren Lebensmitteln werde nur der Klassenhaß geschürt und das Verdorbenheit geschürt. Geh. Rat Dr. v. Hübel: Wenn das Verbot seine Schwere für den Verkauf bringt und aus diesem Grunde die Verkäufer mit dem Erwerb der betreffenden Lebensmittel zurückhielten, so sehe das das Lebensmittelamt als einen Vorteil an. Abg. Tzinger (Unabh.) ist gegen die Aufhebung des Verbots. Nach einer kurzen Erwiderung des Interpellanten Abg. Hartmann schließt die Besprechung.

Heute früh 7 Uhr entschlief sanft unsere liebe Mutter und Großmutter, Frau

Karoline verw. Michel

verw. gew. Schulze

im 76. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrußt an

die trauernden Hinterbliebenen.

W Frau, den 19. Juni 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 1/24 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Krawatten, Selbstbinder, Regattes und Schleifen

in schwarz, weiß und farbig

empfiehlt

Clemens Junghanns,

Inh.: Otto Heidrich.

Empfehle in großer Auswahl billigt:

Weiß-gest. Sommerstoffe, m von 15 M. an, Leinen-Batist, bunte Voile, Kleiderleinen, Schürzenleinen, glatt, blau und gestreift, Blusen- und Kleider- Seiden, schw. Alpacca, marine-reinwollener Cheviott, Nebel, Jacken-Tüffel u. Barchent, Mangelleinen, Leinen- und Satin-Schürzen, Kurzwaren, seidene Bänder, ein Bollen extra billiger moderner Blusenkragen.

Alfr. Anders,

Schandau, Bastelpfad.

Empfehle

la. getrocknete Möhren, Pfund	2.— M.
getrockneten Weiskohl,	2.20 "
Zuckerrübenmehl,	1.80 "
großart. Möhrenmehl,	1.90 "
und preiswerte Zigarren	

gegen Nachnahme, nicht unter 5 Mk., in großen Mengen abzugeben.

Paul Hohlfeld, Neustadt i. Sa., Bischofswerdaerstr. 24.

Geschäftszeit von 2—6 Uhr nachm. Karte genügt.

Kainit

in größeren Mengen eingetroffen.

Erbitte Abholung.

Gotthelf Böhme, Bahnhof Schandau.

Jugendverein Kleingießhübel.

Sonnabend, den 21. Juni:

Kränzchen.

Es ladet höflich ein

d. B.

Größeren Posten Nähmaschinen-Zwirn sofort billig abgegeben.

Hildeberg, Höderstraße 11, R. Sturm.

Zu verkaufen:

1 Patent-Schlafsofa, 4 Schlafdecken, 2 Fenster-Gardinen, 2 Fenster-Bitragen, Stühle u. Versch. Krippen 76 E.

Frisch eingetroffen:

Feinster Schellfisch, Cablian, Rotzunge, Seezunge, Steinbutt und empfiehlt billigst

Emil Müller.

Apotheker Dr. Roppins

Bittres Mandelöl

(Hll.) 1/2 Liter, 5gr-100 Tropfen, 1,75. 5 Tropfen genügen nicht anderen Zutaten zu einem Kuchen von 1 Pfd. Mehl. Besitzt das feine Aroma, aber nicht das Gift der bitteren Mandel. Erhältlich bei Curt Martin, Schandau, Markt. 1345 Generalvertreter für Mittelsachsen. Moriz Caszler, Serrestraße 9. Lieferverfänger gesucht.

Zu verkaufen:

2 neue Kleiderschränke, ein gebrauchter, zum Auseinandernehmen, mehrere Tische, ein Kinderkorb mit Gestelle, ein guter Handkoffer, eine gut erhaltene Singer-Nähmaschine und eine starkgebaute für Herrenschneider.

Oswald Seliger.

Schandau!

Herrschaftliche Villa

sofort beziehbar, m. Gart. und weiterem Areal bei 50—60 000 Mk. Anzshg. zu verkaufen.

Näh. Max Dorn, Schandau.

Tomatenpflanzen Std. 15 Pf., Kohlrabipflanz. Schod 1,50 M Salat 1 Mark.

Gärtnerei Leistner, Frau 34.

Schneiderfräulein, 1—2 pers. flott arbeitend auch i. Zuschneiden vertraut, sofort gesucht.

B. A. Böhme jun., Pirna, Barbiergasse 71.

Schauspielerin vom Kurtheater

lucht möbl. Zimmer reinl. Zimmer ab 24. d. M.

Offerten unter M. S. postlagernd Schandau.

Junger

2. Hausdiener

findet sofort Stellung im Forsthaushotel Schandau.

Schulmädchen

oder Junge für einige Stunden für leichte Beschäftigung gesucht.

H. Kiesel, „Villa Neufriedstein“.

Gut erh. hölz. Kinderbett zu verkaufen.

Krippen, Eisenbahnbaumweg, Villa 3b.

Manifeste stets vorrätig in der Sächs. Elbzeitung.

Die im Jahre 1918 und früher ausgegebenen

Kassenzettel

löse ich nur noch bis 30. Sept. 1919 ein.

Hermann Gärtner, Schandau, Rudolf Sendig-Strasse.

Die Amtliche Kurliste von Bad Schandau für 1919

ist erschienen.

Bezugspreis 2.— Mark. Einzel-Nummern 15 Pfg.

Bestellungen nimmt entgegen

Sächsische Elbzeitung.

Religiöse Nachrichten.

Parochie Schandau.

Am 1. Trinitatissonntag, dem 22. Juni, 1/29 Uhr Gottesdienst mit Predigt: Pastor Siebner.

Das Wochenamt hat Pastor Siebner.

Jungfrauenverein: Sonntagsausflug nach dem Lilienstein. Treffpunkt Haus Hasse, nachmittags 1/3 Uhr.

Parochie Döbmitz.

Am 1. Trinitatissonntag, 9 Uhr Predigtgottesdienst, 2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend. 3 Uhr Jungfrauenverein.

Parochie Forsthaus.

Am 1. Trinitatissonntag, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Mitfeier des Johannisfestes). „Auserlehn, ja auserlehn“, Arie von Braun.

Parochie Reinhardtshof.

1. Trinitatissonntag, 1/29 Uhr Gottesdienst, 10 Uhr Kinder-gottesdienst in Reinhardtshof.

Parochie Königstein.

Am 1. Trinitatissonntag, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlsfeier: Pastor Seeliger. — Um 11 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend der letzten drei Jahre: W. Hoyer. — Abends 8 Uhr Jungfrauenverein. — Das Wochenamt hat W. Hoyer.